

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Richard Dreyer,
Dresdner-Deumalnummer: 25 241
Für die Redaktionsstelle: 20 011.

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Mariusstraße 38/40
Berlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.
Telef. 1088 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. 9. 24 bei Halbjährl. Zahl. frei Haus 1,50 Goldmark. Einzelnummern 10 C. - Pl. - Anzeigen-Preise. Die Anzeigen werden nach Quadratmeter berechnet; die 1. Spalte 30 mm dr. Seite 30 C., 2. Spalte 20 mm dr. Seite 20 C., 3. Spalte 15 mm dr. Seite 15 C., 4. Spalte 10 mm dr. Seite 10 C., 5. Spalte 8 mm dr. Seite 8 C., 6. Spalte 6 mm dr. Seite 6 C., 7. Spalte 4 mm dr. Seite 4 C., 8. Spalte 3 mm dr. Seite 3 C., 9. Spalte 2 mm dr. Seite 2 C., 10. Spalte 1 mm dr. Seite 1 C. Die Anzeigen werden nach Quadratmeter berechnet; die 1. Spalte 30 mm dr. Seite 30 C., 2. Spalte 20 mm dr. Seite 20 C., 3. Spalte 15 mm dr. Seite 15 C., 4. Spalte 10 mm dr. Seite 10 C., 5. Spalte 8 mm dr. Seite 8 C., 6. Spalte 6 mm dr. Seite 6 C., 7. Spalte 4 mm dr. Seite 4 C., 8. Spalte 3 mm dr. Seite 3 C., 9. Spalte 2 mm dr. Seite 2 C., 10. Spalte 1 mm dr. Seite 1 C. Die Anzeigen werden nach Quadratmeter berechnet; die 1. Spalte 30 mm dr. Seite 30 C., 2. Spalte 20 mm dr. Seite 20 C., 3. Spalte 15 mm dr. Seite 15 C., 4. Spalte 10 mm dr. Seite 10 C., 5. Spalte 8 mm dr. Seite 8 C., 6. Spalte 6 mm dr. Seite 6 C., 7. Spalte 4 mm dr. Seite 4 C., 8. Spalte 3 mm dr. Seite 3 C., 9. Spalte 2 mm dr. Seite 2 C., 10. Spalte 1 mm dr. Seite 1 C.

Bupfeld
Waisenhaus-Str. 24

Urteile und
Literatur
kostenlos

TRI-PHONOLA

Als FLÜGEL, PIANO oder VORSETZER — — Vorspiel bereitwillig
Tastenspiel — Elektrisches Spiel — Phonolenspiel

Das voll-
kommenste
Instrument

Rönisch
Waisenhaus-Str. 24

Ein Rückzug Stresemanns?

Eine auffeherregende angeblich authentische Auslegung der offiziellen Erklärung.
Die entscheidende Kabinettsitzung am Montag. — Die Neuorganisation der Eisenbahn.

Das Auslegungsmanöver.

Berlin, 13. Sept. Gestern nachmittag hatte sich der Reichsaussenminister Dr. Stresemann vor einem Kreise von Pressevertretern über die beiden bedeutungsvollen Fragen der Notifizierung der Kriegsschuldfrage und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund geäußert und dabei Ansichten entwickelt, die der national führende Deutsche im großen und ganzen zu seinen eigenen machen konnte. Dr. Stresemann hatte nun ausdrücklich darum gebittet, davon abzusehen, diese Darlegungen als von ihm stammend zu bezeichnen. Um so heimlicher überraschte es daher heute, daß die „B. Z. am Mittag“, ein Blatt, das die Regierung in letzter Zeit in gewissen Angelegenheiten gern zum Sprachrohr zu machen pflegte, heute eine „authentische Auslegung“ der Stresemannschen Darlegungen veröffentlicht, die als ein Zeugnis vor dem sozialistischdemokratischen Pressepublikum gelten soll, nach dem es sich zu klären vordringt, was Stresemann wirklich gemeint hat.

Geradezu bedauerlich ist die Tatsache, daß heute an den amtlichen Stellen mit höchster Mühe zugegeben wurde, daß ein Rückzug Dr. Stresemanns wohl schon möglich sei, nachdem seine demokratischen und sonstigen Freunde ihm zu verheißener Gedächtnissen hätten, daß sie die gestern von ihm geäußerten Anschauungen ganz und gar nicht billigen könnten.

Jedenfalls wird man gut tun, ehe man ein endgültiges Urteil fällt, abzuwarten, wie Dr. Stresemann sich zu der angeblichen „von bestunterrichteter Seite“ kommenden „authentischen Auslegung“ seiner Darlegungen in der „B. Z. am Mittag“ stellen wird. Sollte er, was man aber zunächst Dr. Stresemann noch nicht zutrauen möchte, wirklich einen derart klaren Rückzug angetreten haben, so wäre das wohl zugleich auch das standhafteste Mandat, das bisher ein deutscher Minister sich leistete.

„Die authentische Auslegung“

Wird fest, daß die Ausführungen Dr. Stresemanns teilweise in ihren diplomatischen Zweckansichten nicht ganz klar erfaßt, teilweise aber auch sehr unvollständig wiedergegeben worden seien. Dies gelte ganz besonders für seine Ausführungen zur Völkerbundsfrage. Was die Notifizierung der Kriegsschuldfrage betrifft, so habe zwar Dr. Stresemann auf dem Standpunkte, daß die angeforderte Notifizierung auch erfolgen müsse, aber es sei, so wird „authentisch ausgelegt“, durchaus irrtümlich anzunehmen, daß er nun in dem Kabinettsrat am Montag die sofortige Ablehnung der Notifizierung fordern würde. Dr. Stresemann sei sich durchaus bewußt, wie wichtig die Wahl des richtigen Zeitpunktes für diesen Akt sei. Er verschlechte sich nicht den Erwägungen, die auf die

Schärfheit einer sofortigen Aktion

hinzielen. Nach den Erklärungen des französischen Vorkämpfers de Margerie im auswärtigen Amte wäre zum

mindesten sofort eine große und propagandistisch aufgelegene Gegenerklärung Frankreichs zu erwarten, ob es nicht auch zu gewissen Gegenmaßnahmen, zum Beispiel Verhinderung der Ruhräumung, käme, stehe dahin. Nun hätte die Erklärung de Margeries ebenso wie die Veröffentlichung des vertraulichen Kanalarbriefes an Herrriot durch Dawes in Berlin sehr verstimmend und nur erschwerend gewirkt, die Umstände bestärkten aber Dr. Stresemann nur, die Notifizierung erfolgen zu lassen, da man kein anderes Recht auch unter Druck nicht ausüben könne.

Das aber bedeutet nicht, daß Dr. Stresemann für die sofortige Ablehnung der Note eintrete. Er denke vielmehr an einen gelegentlichen Zeitpunkt im Zusammenhange mit anderen zu erwartenden Ereignissen und Vorkäufen, über die jetzt noch nichts Näheres gesagt werden könne, ebenso wird weiter „authentisch ausgelegt“, die Grundtendenz der Ausführungen zur Völkerbundsfrage sei mit der Hand zu werden. Dr. Stresemann denke zwar noch immer etwas spezifisch darüber, ob der Völkerbund alle die hohen Ziele, die er sich stelle, auch wirklich erreichen werde, aber er sei nicht weniger als ein Gegner eines Beitritts Deutschlands zum Völkerbund und er verschlechte sich nicht im mindesten den großen Vorteilen, die Deutschland von einer aktiven Mitwirkung am Völkerbund haben könnte.

Die Ablehnung eines deutschen Aufnahmegesuchs nach Genf sei freilich seiner Ansicht nach unentzweifelbar die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen gefordert. Es dürfe im Völkerbund kein Zweifel darüber herrschen, daß ein Aufnahmeantrag Deutschlands nicht die nachmalige Anerkennung des Versailler Schuldpruches bedeute. Weiter müsse Deutschland die Sicherheit haben, daß es nach Ablehnung des Aufnahmeantrags auch wirklich einen Sitz im Völkerbundsrate erhalte. Diese Sicherheit behände aber nach Dr. Stresemanns Ansicht heute noch nicht. Nach dieser „korrekten“ der gestrigen Ausführungen sich, so wird weiter „authentisch ausgelegt“, wohl auch das Verstehe von einer Krise im Reichskabinettsrat oder von offenen Gegensätzen zwischen Dr. Stresemann und Reichskanzler Marx, wie sie auch heute noch in ausländischen Zeitungen, z. B. im „Daily Telegraph“, behauptet werden. Man muß also wirklich sagen: Trifft diese Art „authentischer Auslegung“ zu, so handelt es sich tatsächlich mehr als um eine bloße diplomatische Situation.

Diese „authentische Auslegung“ der Erklärungen des Außenministers klingt vorderhand noch so ungläublich, daß man eine Stellungnahme des Ministers selbst abwarten muß, ehe man ein Urteil über eine so unverantwortliche Handlungswiese abgeben kann, wie sie ein derartiges Auslegungsmanöver bedeuten würde. Vorläufig jedenfalls wird man sich an den klaren Wortlaut der Erklärungen halten müssen, die der Minister abgegeben hat, und unter diesem Gesichtspunkt ist auch der nebenstehende Leitartikel abgefaßt.

Deutschland wird keine Erbärmlichkeit begehen!

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat auf daran getan, die Nachenschaften unserer Pazifisten, Privatdiplomaten, Sozialisten und sonstigen internationalen Verschwommenehligkeiten und die Ablehnung der Kriegsschuldfrage an die Alliierten verhindern wollen, mit einem Kernspruch zu durchkreuzen. Es gibt auch für einen mit allen Fasern und Fibern realpolitisch veranlagten Staatsmann Augenblicke, in denen jedes vorsichtige Talen, jedes Kavieren, jeder Versuch zum Ausgleich nach rechts und links schlechweg aufhören muß und nur eine einzige bedingungslose Richtschnur gelten kann: das mutige Geradeausgehen, ohne links oder rechts abzuweichen. Eine solche vom höchsten nationalen Interesse gebotene, unausweichliche Notwendigkeit lag in diesem Hause gegenüber dem Reststreben vor, daß von den eingangs bezeichneten Elementen gegen die Regierung und die Deutschnationalen in Szene gesetzt worden war. Dr. Stresemann hat allen diesen Anissen und Pfaffen, diesen Scheinheiligen, mit vaterländischen Phrasen verbrämten, aber in Wirklichkeit rein parteipolitisch ausgeübten Praktiken, durch die lediglich die Geschäfte des uns feindlichen Auslandes besorgt wurden, ein gründliches Ende bereitet, indem er erklärte, daß die der Reichsregierung von der Linken zugemutete Handlungsweise, einer feierlichen Ankündigung die Tat nicht folgen zu lassen, eine Erbärmlichkeit sei, deren sich das Kabinettsrat nicht schuldig machen könne und werde. Das ist ein Wort, an dem sich wirklich nicht rütteln noch deuteln läßt, und das sich die Herrschaften, auf die es gemünzt ist, gefälligst hinter den Spiegel stecken mögen.

Besonders dankenswert ist an den offiziellen Ausführungen, die offensichtlich von Dr. Stresemann selbst stammen, auch die restlose Verdrängung der Legende, daß es sich bei der Kriegsschuldfrage um eine deutschnationale Parteiangelegenheit handle. Von dieser wahrhaft niederträchtigen Entstellung der Wahrheit mußte die politische Atmosphäre unbedingt mit äußerster Beschleunigung und Energie entlastet werden, und auch dieser nationalen Notwendigkeit ist Dr. Stresemann vollkommen gerecht geworden, indem er mit allem Nachdruck betonte, daß die Reichsregierung in der Frage der Ablehnung der Kriegsschuldfrage durchaus auf Grund eigener Initiative gehandelt und in keiner Weise unter einem deutschnationalen Druck geknaben hat. Regierung und Deutschnationalen sind sich vielmehr in ihrer Auffassung der Lage begegnet und haben gleichmäßig unter dem Eindruck geknaben, daß jetzt in dieser Sache ein Vorstoß unternommen werden müsse. Die Art, wie sich hier Dr. Stresemann gegenüber den Deutschnationalen stellt, berührt sehr sympathisch. Sie stimmt mit den Erklärungen überein, die der Reichsaussenminister Dr. Jarroz dieser Tage in dem führenden volksparteilichen Organ, der „Östn. Zig.“, abgab und in denen er mit großer Wärme auf Grund seiner eigenen Erfahrungen die strenge Gewissenhaftigkeit hervorhob, welche die deutschnationalen Führer bei der schweren Entscheidung über den Dawes Plan bewiesen hätten.

Was Dr. Stresemann über die innerhalb der Reichsregierung herrschende Einmütigkeit sagt, mußte ein bißchen „offiziös“ an. Gewisse Vorgänge und Begeisterungsercheinungen der letzten Zeit lassen es zum mindesten nicht als ausgeschlossen erscheinen, daß im Kabinettsrat verschiedene Auffassungen geherrscht haben könnten. Gaben diese inzwischen einen völligen Ausgleich im Sinne des Stresemannschen Standpunktes gefunden, um so besser. Dann bleibt nur zu wünschen, daß nicht wieder der von der sozialistisch beeinflussten preussischen Regierung auf die Reichsregierung ausgeübte Druck die Wirkung haben möge, einer Politik der Energielosigkeit neue Betätigungsmöglichkeiten zu gewähren. Der schwächste Punkt der Darlegungen ist die fatale Briefschichte, die um den Kern der Sache insofern herumgeht, als über den Inhalt des Reichskanzlerschreibens an Herrriot und Macdonald keinerlei nähere Andeutung gemacht wird. Gerade darauf aber kommt alles an. Die deutsche nationale Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, zu erfahren, ob der „Vorwärts“ recht hat mit seiner Behauptung, daß der Reichskanzler sich bei den beiden Premierministern wegen seines Vorgehens, auf dem er durch die nationale Volksstimmung gezwungen worden sei, gewisse „entschuldigende“ hätte. Allerdings ist ja nicht zu verkennen, daß Dr. Stresemann als Kabinettsratsmitglied sich hier dem Reichskanzler gegenüber in einer heissen Lage befindet. Der Hinweis, daß derartige Schreiben öfter erainen und lediglich an Ziele vorbei, Der Inhalt ist alles, und kein noch

Die Presse über die offiziöse Erklärung.

Mühsame Vorwärtshefe.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 13. Sept. Nachdem die gestrige Rückkehr des Außenministers Dr. Stresemann in der unten wiedergegebenen offiziellen Darstellung Veranlassung gegeben hatte, dem geradezu verderblich gewordenen Treiben gewisser Presseorgane, vor allem des sozialistischen „Vorwärts“, entgegenzutreten, wendet sich dieser heute erneut mit aller Schärfe gegen die Reichsregierung. Der große Ministerkurz Rede bevor, um den Deutschnationalen wieder zur Macht zu verhelfen. Unter den ministeriellen Todeskandidaten befindet sich auch der Reichskanzler selbst. Zur Frage der Notifizierung erklärt heute der „Vorwärts“:
„Habe dieser tragische Staatsakt wirklich statt, so sei noch das Beste, was passender Wunsch, daß sich die fremden Regierungen auf die Erklärung beschränken, sie hätten von der deutschen Note schon aus den Zeitungen her Kenntnis genommen. Dann wäre das ganze wenigstens nur ein Schlag ins Wasser.“
Im schlimmsten Falle würde alles mit einer Blamage enden und mit einer Schwächung der deutschen Reichsinteressen. Das Gegenüberarbeiten bestimmter Stellen gegen andere sei das Kennzeichen der letzten wilhelmschen Ära gewesen, und es sei merkwürdig genug, daß in dem Moment, wo die Nationalen sich der deutschen Politik wieder zu demütigen begeben, es damit schon wieder anfangen. Für die Sozialdemokratie sei der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eine Kriegserklärung. Das sei mit der Notifizierungsfrage begonnen werde, werde mit einer schweren innerpolitischen Krise enden, auf deren Wege auch die Reichstagsauflösung liege, die jetzt bringender denn je gefordert werden müsse. Der Vorkämpfer würde im gegenwärtigen Reichstag ohnehin keine Mehr-

heit haben. Die Wahlen seien also in Sicht. Die Wahlsparole laute: Bürgerbund oder Sozialdemokratie!

Dingen findet die gestrige offiziöse Auslassung in der Reichspresse eine freundliche Beurteilung. So erklärt die „Deutsche Tageszeitung“, daß sie sich freue, diesmal eine weitgehende Ueberereinstimmung der zum Ausdruck gebrachten politischen Anschauungen mit ihrem eigenen Urteil feststellen zu können. Die Begründung für die Haltung der Regierung in der Frage des Völkerbundeintritts sei so schlagend, daß es den deutschen Völkerbundlern schwer fallen werde, sachlich dagegen vorzugehen. Es sei auch zu begrüßen, daß diesmal nicht nur nüchterne geschäftliche Überlegungen, sondern auch jene Impponderabillen, ohne die gerade von Deutschland keine zukunftsreiche Politik gemacht werden könne, die nötige Berücksichtigung zu finden kämen. Weniger glücklich sei allerdings der Versuch, die immer wieder vorgetragene Notifizierung der Kriegsschuld-erklärung zu verteidigen. Die „technischen Schwierigkeiten“ könnten keinesfalls als stichhaltig anerkannt werden. Es erscheine unerträglich, daß der angeforderte Schritt nunmehr erfolge, und zwar in einer Form, die zweifellos erkennen lasse, daß sie sich bei Zurückweisung der Kriegsschuldfrage am den Willen des gesamten deutschen Volkes handele.

Am Montag Kabinettsrat.

Berlin, 13. Sept. Nachdem der Außenminister Dr. Stresemann bereits gestern nach Berlin zurückgekehrt ist, wird der Reichskanzler Marx, der gestern nach einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten in Friedrichshagen nach dem Reich zurückkehrte, heute oder morgen hier zurück erwartet. Wie man annimmt, dürfte dann bereits am Montag ein Kabinettsrat über die schwebenden politischen Fragen stattfinden.